



Fachgewerkschaft der Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer in Sachsen-Anhalt

Presseerklärung des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt vom 11. Oktober 2018
zu AfD Meldeportalen

Philologenverband Sachsen-Anhalt protestiert gegen AfD-Lehrer-Bespitzelungsportale

Dass Lehrkräfte an Schulen und Universitäten von Schülern und Studenten bespitzelt und denunziert werden können, erinnert viele Kolleginnen und Kollegen, besonders aus den östlichen Bundesländern, an die Zeit des Lehrerdaseins in der DDR-Diktatur. Schüler- und Studenten-IM's schwärzten ihre gesellschaftskritische Lehrerschaft über die MFS-Strukturen bei der Staatspartei SED an. Lehrerinnen und Lehrer erlitten Repressalien, wurden politisch verfolgt oder aus dem Schuldienst entfernt.

Viele Landesverbände der AfD, die sich politische und demokratische Alternative für Deutschland nennen, schicken sich nun an, der Hamburger AfD folgend, online-Plattformen zur installieren, auf denen Schüler und Studenten ihre Lehrkräfte anschwärzen können, wenn diese sich kritisch mit politischen Positionen ihrer Partei auseinandersetzen. Damit missachtet die AfD nicht nur das Recht auf freie Meinungsäußerung nach Artikel 5 des Grundgesetzes, sondern stellt ihre Verfassungsmäßigkeit selbst grundlegend in Frage. Sie negiert darüber hinaus, dass es zum Bildungsauftrag von Lehrkräften in der Bundesrepublik Deutschland gehört, Schülerinnen und Schüler zu mündigen und gesellschaftskritischen Staatsbürgern zu erziehen und das schließt die Auseinandersetzung mit der Politik von Parteien, ob Mitte, Links oder Rechts ebenso ein, wie die Möglichkeit und das Recht von Lehrkräften, als Staatsbürger ihre eigene politische Auffassung auch kund zu tun.

Der Philologenverband Sachsen-Anhalt fordert die AfD auf, die Bespitzelungsportale unverzüglich zu schließen. Von der AfD Sachsen-Anhalt erwartet der Philologenverband eine Distanzierung vom Vorgehen in anderen Landesverbänden.

Thomas Gaube
Landesvorsitzender
Philologenverband Sachsen-Anhalt

Merseburg, 11. Oktober 2018